

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 489 Jahrg. 215

für Anhalt und Thüringen.

Einzelpreis 5 Mark

Bezugspreis: monatlich M. 150.— mit Jahressubsk. Bezahlungen nehmen sämtliche Postämter, Briefträger und unter Ausgabekonten entgegen.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, Sende- und Abrechnung 5506 und 5510. — Druckerei: Leipzig 20 512.

Morgen-Ausgabe

Mittwoch, 18. Oktober 1922

Anzeigenpreis:

Die Spalte 34 mm breit mm-Größe 15.— A. Die Spalte 30 mm breit mm-Größe 20.— A. Abat nach Carr. Erhaltungssatz Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf am Kurpark 11 000.
Eigene Fernschreibleitung. — Druck: a. Druck von Otto Heile, Halle-Saale.

Eine sonderbare Antwort der Regierung

Die Parlamentsferien sind zu Ende, die Arbeit beginnt wieder. Es ist genug Arbeit vorhanden. Seitdem der Reichstag in die Ferien ging, hat sich alles anders ereignet, das eigentlich den Zusammentritt des Reichstages erfordert hätte. Wir haben es aber in Deutschland nicht so eilig. Bekanntlich haben die Minister das Vertrauen des Reichstages und damit das Vertrauen des Volkes, und daher nimmt man wohl auch an, daß man nicht jähling die eigentlichen Vertreter des Volkes mit inneren und äußeren Angelegenheiten belästigen soll. Auch wenn der Reichstag tagt, tut man es nicht immer. Warum also, wenn er gerade Ferien hat?

Da war z. B. die Angelegenheit mit den belgischen Schiffschiffen. Das erledigt der Reichsfinanzminister ja viel einfacher, als wenn der Reichstag noch mitreden würde. Er hat ja das Vertrauen des deutschen Volkes!

Da war weiter die Gelegenheit, als dem türkisch-englischen Konflikt Kapital für uns herauszufischen. Aber wir haben jetzt die auswärtige Reichsfinanzministerin für den Reichstag in die Ferien nach.

Und es sind noch eine Menge andere Arbeiten, die sich allmählich angesammelt haben: der Preis für das Umlagegetriebe, die Verordnung gegen die Devisen Spekulation, die Präsidentenwahl, die geplante Währungsreform, die kommende Finanzkontrolle u. dgl. m. Ein schönes Säuschen Arbeit.

Aber am ersten Tage nach den Ferien ist noch nicht der Augenblick, sofort mit den wichtigsten Angelegenheiten zu beginnen. Man muß sich erst wieder an die „Berliner Luft“ gewöhnen, die gerade am Sonntag wieder einmal von einer kommunistischen Brandbombe verpestet worden ist. Trotzdem darf der erste Tag verhältnismäßig ruhig. Er brachte eine bemerkenswerte Antwort der Regierung auf eine volksparteiliche Anfrage, die nicht gerade sehr erfreuliche Aussichten auf die ferneren Verhandlungen, vor allem in der Angelegenheit der Kommunisten, hoffentlich am Sonntag, erwarten läßt. Diese moskowitzischen Anzeichen werden als höchst wichtiges den Gegenstand der nächsten Sitzung bilden. Die Stellung der Regierung kann man schon aus ihrer heutigen Antwort auf die Anfrage erkennen. Es wird wohl sehr hergehen.

Kampfstimmung scheint überhaupt bei den Kommunisten zu herrschen, denn heute wurde auch schon sofort mit einer Wilderfümmerei begonnen. Der „Kaiser-Wilhelm-Kanal“ hat den Anschlag Puuri sunt puuri...!

Deutscher Reichstag

Berlin, 17. Oktober, nachmittags 3 Uhr.

Präsident Doehring um 1/4 Uhr die erste Reichstags-Sitzung nach der Sommerpause mit einem, von den Abgeordneten lebhaft angebotenen A. C. H. auf für die bestverordneten Abgeordneten Rede und Plauderei.

Nach Erzielung vieler kleinerer Anfragen stimmte der Reichstag ohne Zwischensatz in allen den Beschlüssen der Erhöhung der Gehälter in Ministerregierungsstellen zu.

Eine Anfrage der Deutschen Volkspartei wegen plötzlicher Ausweisung mehrerer Bürger aus Waterloo im Thüringer Wald Anfang Juli, wird von dem Vertreter des Reichsministeriums des Innern dahin beantwortet, daß nach Auskunft der Thüringischen Regierung diese die Ausweisung verfügt habe gemäß der Verordnung des Thüringischen Staatsministeriums auf Grund des Artikel 48 der Reichsverfassung wegen scharf nationalisistischer Betätigung namentlich bei Veranstaltung einer Sommerweiderei, wodurch die Bevölkerung stark beeinträchtigt wurde. Da die Ausweisung nicht als verfassungswidrig angesehen sei, liegt für die Reichsregierung ein Anlaß zum Eingriff nicht vor.

Gegen den dann folgenden Gesetzentwurf über die Abgabe auf dem Kaiser-Wilhelm-Kanal erhob Abgeordneter Thomas (Komm.) Einwendungen, einmal wegen der Höhe der Abgabe, dann aber auch wegen des Namens Kaiser-Wilhelm-Kanal. Er beantragt, dafür Nord-Elbe-Kanal zu setzen. Die Abgabe wurde auf Antrag Müller (Soz.) dem Haushaltsausschuß übergeben. In den sozialpolitischen Ausschuß ging der Gesetzentwurf auf Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Demobilisierungsverordnungen bis zum 31. März 1923.

Um 1/2 Uhr verlagte sich das Haus auf Mittwoch 2 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung stehen neben kleineren Fragen Interpretationen über die Zirkus-Busch-Krawalle.

Eine kurze Sitzung

Berlin, 17. Oktober, nachmittags 2 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragen die Kommunisten, die blutigen Vorgänge vor dem Zirkus-Busch am Sonntag sofort zur Beratung zu stellen. Die Abgeordneten Raab und Schöler nahmen folgende Angriffe gegen die Regierung und den Reichspräsidenten, dessen Absetzung sie fordern, und befanden die Reichstagssozialisten, Parteibetriebe geleitet zu haben. Nachdem im Laufe der Geschäftsverhandlungen die Abgeordnete Hermann (Soz.) namens des Volkspartei-Ausschusses erklärte hatte, daß die Frage am Donnerstag zu ausgiebigen Verhandlungen

kommen werde, wobei dann festgelegt werden könne, wie bei diesen Verhandlungen die veränderte Rolle gespielt habe, wird der kommunistische Antrag abgelehnt. Eine Reihe kleinerer Vorlagen, darunter die Wünsche für Sozial- und Kleinrentner, werden dem Ausschuß überwiesen. Angenommen wurde die Novorderordnung über Ausgleichsmaßnahme zum Dienstleistungen der Beamten und der Antrag des Hauptauschusses auf Vernehmung des Hiesler Schloßes zu Kulturzwecken. Morgen mit 12 Uhr keine Vorlagen und Anträge.
Schluß 4 1/2 Uhr.

Eine deutsch-nationale Anfrage im Landtag

Folgende Große Anfrage der deutsch-nationalen Fraktion wurde im Landtage eingebracht.
Am Sonntag, den 15. Oktober hat eine nach vielen hundertjährigen bestehende, kommunistische Sprengkollonne gegenüber den Besuchern einer von dem „Vande für Freiheit und Ordnung“ im Zirkus-Busch veranstalteten vaterländischen Kundgebung schwere Gewalttaten verübt.
Die Polizei ist, obwohl die geplante Störung der Kundgebung rechtzeitig bekannt und unbedingter Schwab der Verarmungsfreiheit zugeführt war, zu spät und unzureichend bei zu schwach an Ort und Stelle erschienen.

Für eilige Leser

Der Devisenmarkt war ruhig. Die Effektenbörsen war uninteressant für mehr steigenden Kursen. Der Warenmarkt war sehr.

Im Reichstage wurde eine Anfrage betreffs Ausweisung von Sommergästen aus Thüringen dahin beantwortet, daß die Thüringer Regierung die Ausweisungen zu Recht vorgekommen habe, da die Fremden sich „nationalistischer“ betätigt hätten.

Der Reichstag des Reichstages hat beschlossen, daß mit Rücksicht auf den in der nächsten Woche beginnenden deutsch-nationalen Parteitag vom nächsten Dienstag an eine Pause in den Verhandlungen gemacht wird. Diese sollen am 7. November wieder aufgenommen werden.

Im Landtage ist ein Antrag der Kommunisten auf sofortige Verhandlung ihrer Interpellation wegen der Senatsdurchreise abgelehnt worden.

In Berlin wurden 4 Kommunisten verhaftet, in Bochum der Adjutant Max Hötz' Gd.

Wie die Berliner Arbeiter hören, wird sich diese Tage eine große Kommission rheinischer Industrieller unter Führung von Alfred Schell, Generaldirektor Eise und anderen führenden Persönlichkeiten nach Anhalt begeben. Im Auftrage der Lokomobilmachungs-Kommission dürfte allein aus Düsseldorf ein halbes Dutzend Interessenten dorthin abgehen.

Die „Reichsminister Gazette“ benachrichtigt den von Steuer und Waga gemeldeten, jedoch nicht bestätigten Rücktritt Krafft als Sonderkommissar der Sowjetregierung als Ereignis von beträchtlicher Bedeutung. Der Rücktritt werde auf die Regierung der Sowjetregierung, das Rekrutierungsamt zu ratifizieren, zurückgeführt.

Man erwarte, daß die amerikanischen Truppen vom Rhein gegen Weihnachten in Amerika eintreffen werden. Die Ansicht der amerikanischen Regierung sei, daß die Lage in Deutschland die weitere Anwesenheit amerikanischer Truppen in Deutschland überflüssig mache.

Vor seiner Abreise aus Angola erklärte Kemal in der Nationalversammlung, nachdem in Wubania die Widerstandstruppen befreit worden ist, werden wir als Gegenleistung unsere Armeen von den Russen fernhalten, bis der Friede geschlossen ist. Nebenfalls muß Traxien (sozial) wie möglich geräumt werden. Durch die griechische Revolution sind unsere Glaubensgenossen in Gefahr; wir müßten sie schützen.

Erzbischof Konstantin ist in Rom eingetroffen.
Ministerpräsident Soltau ist in Athen eingetroffen und hat den Eid geleistet.

In Berlin wird eine Konferenz amerikanischer Diplomaten aus Mittel- und Westeuropa stattfinden.
Präsident Millerand empfiel den Präsidenten der Reparationskommission Borstein.

Die französische Regierung hat den Plan Zouaves der deutschen Regierung mit der Bitte unterbreitet, Sadverhältnisse zur Mitarbeit heranzustellen. Wie die Zeitungen erfahren, ist Staatssekretär Fischer beauftragt worden, die Vertretungen finanzieller Natur durch Verhandlungen mit der französischen Regierung zu führen.
Luberka ist in Berlin eingetroffen.

Dollar am 1. 2846,43 G.

Ein Fehler und sehr zahlreiche mehr oder weniger schwerer Verbrechen bilden die beklagenswerten Opfer der kommunistischen Brandstifter.
Was geschieht die Staatsregierung zu tun, um für die Zukunft die gefährliche Versammlungsfreiheit mit uns zu schützen, und welche Maßnahmen gegen sie gegen die für den mangelhaften Schwab der Verarmung verantwortlichen Beamten zu ergreifen?

Vier Kommunistenführer verhaftet

Berlin, 17. Oktober.
Der „A. B. am Mittag“ zufolge wurden gestern Abend in „Kaffee Bellevue“ am Potsdamer Platz vier Mitglieder der Redaktion der „Roten Fahne“, die sich dort zu einer Beratung zusammengefunden hatten, verhaftet. Es sind dies Heinrich Büßing, Adolf Wittenberg und Hermann, sowie Dr. Thalheimer, der frühere Oberlehrer der „Roten Fahne“, und der ständige Mitarbeiter Dr. Müller. In ihrer Eigenschaft betraf sich nach der als einer der eifrigsten Agitatoren bekannte Kommunist Siebert, der ebenfalls verhaftet wurde. Im Kaffee hatten sich zehn Herren mit Altkampern eingefunden, die häufige Unterhaltungen führten. Als die Kriminalbeamten erschienen, hatte ein Teil der Kommunisten das Kaffee bereits verlassen, und es waren nur noch fünf Herren ambleiben. Beim Eintritt der Beamten verließ die Redakteure der „Roten Fahne“, die Altkampern unter den Tisch zu verbergen; die Beamten beglückwünschten sie aber.
Anlässlich der Vorgänge am Zirkus-Busch wurden am Sonntag und Montag insgesamt 103 Personen politisch festgenommen. Nach Feststellung ihrer Personalia und nach der polizeilichen Vernehmung wurden 148 Festgenommene von der Abteilung I a des Polizeipräsidiums wieder entlassen. Die 15 Festgenommene sind dem Richter vorgeführt worden, und zwar wegen Brandfriedensbruchs, Verletzung der Ruhe und Störung des öffentlichen Verkehrs gegen die Staatsgewalt. Wegen weiterer 18 Personen, die heute früh verhaftet worden sind, schweben noch die polizeilichen Ermittlungen.

Hötz' „Adjutant“ in Bochum verhaftet

Bochum, 17. Oktober.
In Bochum wurde der „Generalsadjutant“ von Max Hötz' Gd., der Kommandeur des 1. Bataillon, der unter dem Namen Bernhard Eckhardt aus Berlin im Industriegebiet eine heftige Agitation gegen das Lieberitzabkommen betrieb und in Serne, Wanne und Bochum die Menge zu Kundgebungen aufgestachelt hat. Sein Ziel war die Vereinigung der Kommunisten und Unionisten, um dann im Ruhrgebiet loszuzugleiten.

Eine amerikanische Diplomaten-zusammenkunft

Von unterirdischer Seite bekannt, daß in den nächsten Tagen in Berlin eine Konferenz amerikanischer diplomatischer Vertreter aus Mittel- und Westeuropa stattfinden wird. Die Initiative zur Einberufung dieser Konferenz geht von dem amerikanischen Botschafter in Berlin, Doughan, aus. Seine Initiative der Chef des State-Departments für die westeuropäischen Angelegenheiten, Caffoe, in Berlin ein und vier Konferenzen beschließen.
Caffoe ist nicht zu diesem Zwecke von seiner Regierung entsandt worden, sondern er befindet sich ohnehin auf einer Reise in Europa. Da er sich für europäische Fragen interessiert, nahm er den Vorschlag des Botschafters Doughan an, an dieser diplomatischen Konferenz teilzunehmen. Der amerikanische Botschafter der Einberufung ist, so ist es selbstverständlich, daß der Generalsekretär der Konferenz läßt sich darauf zurückführen, daß Vertreter Amerikas aus den Ländern mit gemeinsamen Interessen zusammenzutreffen, um sich über alle schwebenden Fragen auszusprechen.

Luberka in Berlin

Der französische Senator Marquis de Luberka ist in Berlin eingetroffen und hat im „Hotel Continental“ Wohnung genommen. Es verlautete vor einigen Tagen, daß Marquis de Luberka nach Berlin kommen werde, um mit Herrn Sinnes ergebende Verhandlungen betreffend den Bekannten Vertrag Sinnes-Luberka zu führen.

Die englische Regierungskrise

London, 17. Oktober.
Der politische Berichterhalter des „Daily Chronicle“ schreibt, wenn auf der Donnerstagssitzung der Unionisten Chamberlain von der Mehrheit unterstützt werde, so würde Lord George in Uebereinstimmung mit den unionistischen Führern wahrscheinlich dem König anraten, das Parlament unter der Führung Chamberlains aufzulösen. Wenn dagegen die Verarmung der Konservativen sich gegen die Fortdauer der Koalition erkläre, so würde Chamberlain, wie verlautet, zurücktreten und mit ihm die meisten seiner Ministerkollegen. Man sei der Ansicht, daß in einem solchen Falle Lord George selbst zurücktreten und das Feld einem konservativen Führer überlassen werde, der in der Lage wäre, auf Aufforderung des Königs für eine konservative Regierung zu bilden und sich an das Land zu wenden. Es dürfte aber auch die Möglichkeit nicht außer Acht gelassen werden, daß Lord George und die zurücktretenden unionistischen Minister in einem solchen Falle zu Neuwahlen angehalten und zum neuen Kabinett ernannt werden könnten. Sie könnten dann den Kern der Zentrumspartei bilden. Lord George hat gestern an seine liberalen Anhänger im Ministerium die Aufforderung ergoßen lassen, sich heute nachmittags zu einer Besprechung in der Downing Street einzufinden.

